**Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV):
Vernehmlassungsverfahren**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Solothurn

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Staatskanzlei, Rathaus, Barfüssergasse 24, 4509 Solothurn

Kontaktperson : Sandro Müller

Telefon : 032 627 23 05

E-Mail : sandro.mueller@ddi.so.ch

Datum : 20.06.2017

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **4. Juli 2017** an folgende E-Mail Adresse: dm@bag.admin.ch und aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV):
Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Revision und zum erläuternden Bericht	3
Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen	5
Weitere Vorschläge	6

Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV): Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Revision und zum erläuternden Bericht	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	Die Anpassung an die Änderung der Gaststaatsverordnung, welche am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, und die damit verbundene Anpassung des Art. 6 KVV wird vom Regierungsrat des Kantons Solothurn begrüsst. Damit werden die unerwünschten Doppelversicherungen des entsprechenden Personenkreises künftig wirkungsvoll verhindert.
	Mit der Anpassung infolge der KVG-Revision vom 30. September 2016 kann sich der Regierungsrat grundsätzlich ebenfalls einverstanden erklären. Insbesondere die Vollzugsbestimmungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für in der Schweiz wohnhafte Versicherte werden als zweckmässig erachtet, indem grossmehrheitlich an die bereits bestehenden Bestimmungen für die Pilotprojekte angeknüpft wird.
	Bezüglich Aufteilung des kantonalen Anteils auf die Kantone hat der Kanton Solothurn bereits bei der KVG-Revision erklärt, dass er eine Kostenübernahme bei Spitalbehandlungen auch bei KVG-Versicherten aus dem EU-/EFTA-Raum analog wie bei in der Schweiz wohnhaften Versicherten, ablehnt. Diese Änderung hat eine Mehrbelastung des Kantons zur Folge, obwohl die Versicherten nicht im Kanton wohnhaft sind, während die Krankenversicherer nun deutlich entlastet werden. Dieser Einwand wurde bei der Revision letztlich nicht berücksichtigt. Die nun vorgeschlagenen Bestimmungen wirken trotz den unerwünschten Folgen immerhin praktikabel. So ist das Heranziehen eines Referenzkantons, namentlich des Kantons Bern, zur Festlegung des Höchsttarifs unkompliziert und sinnvoll. Gegen das einfache Verfahren zur Festlegung des kantonalen Anteils und die Absicht, die gemeinsame Einrichtung mit dem Vollzug dieser neuen Aufgabe zu betrauen, werden keine Einwände vorgebracht. Die neuen Bestimmungen, damit die gemeinsame Einrichtung diese Aufgabe ausführen kann, sind folglich unbestritten.
	Mit den Änderungen aufgrund des Bundesgerichtsurteils, wonach die Prämien nach Tagen zu erheben sind, erklärt sich der Regierungsrat im Falle von Art. 29 einverstanden. Hingegen erscheint die Änderung der Art. 106b und 106c im Hinblick auf die Praktikabilität nicht sinnvoll. Es spricht trotz Bundesgerichtsurteil nichts dagegen, dass der Kanton dem Versicherer die Prämienverbilligung pro Monat und den Zeitraum der Ausrichtung in Monaten melden soll. Auch soll der versicherten Person die Prämienverbilligung weiterhin je Monat auf der Prämienrechnung angegeben werden. Die Abrechnung nach Tagen bezieht sich vielmehr auf die Rückerstattung von Prämien im Falle der Beendigung der Versicherungspflicht. Für die Meldungen nach Art. 106b und 106c soll aber weiterhin die geltende Regelung beibehalten werden. Folglich ist die Änderung von Art. 106b und 106c abzulehnen.
	Die Änderungen im Kapitel zum Nichtzahlen von Prämien und Kostenbeteiligungen sind grundsätzlich zu begrüßen, weil dadurch die Umsetzung von Art. 64a KVG verbessert wird. Einige Unklarheiten werden durch die angepassten Bestimmungen beseitigt. Insbesondere der Umgang mit nachträglichen Prämienverbilligungen hat in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen zwischen Kanton und Versicherern geführt. Auch im

**Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV):
Vernehmlassungsverfahren**

	<p>Hinblick auf den anstehenden elektronische Datenaustausch im Bereich des Art. 64a KVG sind die Änderungen grösstenteils sinnvoll. Allerdings muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass die geplante Bestimmung in Art. 105k Abs. 1 mit dem Konzept Datenaustausch 64a nicht kompatibel ist, da eine Meldung der Personendaten nach Art. 105g durch den Kanton nicht vorgesehen ist. Deshalb ist auf diese Änderung zu verzichten.</p>
	<p>Die Schaffung des neuen Art. 136 zur Regelung der Verwendung des Restbetrages aus der Prämienkorrektur wird begrüsst und dessen Ausgestaltung erscheint zweckmässig.</p>

**Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV):
Vernehmlassungsverfahren**

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen					
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
	105k	1		Artikel soll aufgrund des Projekts Datenaustausch 64a beibehalten werden.	
	106b			Artikel soll aus Praktikabilitätsgründen beibehalten werden.	
	106c			Artikel soll aus Praktikabilitätsgründen beibehalten werden.	

**Änderung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV):
Vernehmlassungsverfahren**

Weitere Vorschläge			
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag